

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»



Nur bedingt verteidigungsfähig

2

Hilfe vor Ort statt Völkerwanderungen

10

Schluss mit der links-grünen Märchenstunde!

13



Schweizer Armee – nur bedingt verteidigungsfähig

Krieg in Europa – Konsequenzen für die Schweiz?

von Stefan Holenstein, Dr. iur., Oberst i Gst, Präsident der Landeskonferenz der militärischen Dachverbände (LKMD), Zürich

hf. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind die Lücken und Defizite der Schweizer Armee besonders krass zutage getreten. Aufgerechnet im Kernauftrag Verteidigung ist unsere Milizarmee schwach. Die Konsequenz: Die Lücken in den Bereichen Sollbestand, Ausrüstung und Bewaffnung müssen je nach Dringlichkeit kurz-, mittel-, oder längerfristig gefüllt werden, und das Verteidigungsbudget ist von derzeit 0,7 auf mindestens 1% des Bruttoinlandprodukts anzuheben.



Diese Analyse präsentierte Stefan Holenstein kürzlich an der Wintertagung der Schweizerzeit im «Haus der Freiheit» in Ebnat-Kappel vor einem prall gefüllten Saal. In einem engagierten Podiumsgespräch unter Leitung von Dr. Ulrich Schlier vertieften sodann Nationalrat Mauro Tuena, Präsident der Sicherheitskommission, und Oberstleutnant im Generalstab Michael Trachsel, Kommandant eines Grenadierbataillons, sowie Stefan Holenstein das brisante Thema.

Der Referent stellte einleitend fest, der Ukraine-Krieg habe seit dem 24. Februar 2022 eine neue sicherheitspolitische Ausgangslage geschaffen: «Ein konventioneller Krieg in Europa ist – entgegen allen anderslautenden Beteuerungen – wieder Tatsache! Sicherheit und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten mehr und müssen in unserem Land wieder erste Priorität haben.» Aufgrund der Tatsache, dass ein autoritäres, verbrecherisches Regime Freiheit und Demokratie bedrohe, müsse unsere dauernde, bewaffnete Neutralität wieder hochgehalten werden. «Es geht darum, unsere Freiheit und unsere Werte zu verteidigen.»

Ukraine-Krieg: Neue Ausgangslage und Folgerungen

Russland legt den Fokus auf kinetische Waffen, d.h. auf Geschosse aller Art und Kaliber. Es herrscht zudem ein Cyber- und Informationskrieg, bedeutender sind jedoch Drohnen- und Raketenangriffe. Auch Kampfflugzeuge haben weiterhin eine eminent wichtige Rolle auf dem modernen Gefechtsfeld, ebenso sind Artillerie und taktisches Feuer beidseits von hoher Relevanz. Mechanisierte Verbände sind die wichtigsten kampfscheidenden Elemente. Zudem zeigt sich in der Ukraine: Bodengestützte Lenkwaffen gegen Luftangriffe und Panzerabwehrlenkwaffen sind erfolgreich. Russland hat offensichtlich Führungsprobleme, u.a. wegen mangelhafter Führungsunterstützung (Übermittlung) und aufgrund einer schwachen Einsatzlogistik. Die aktuelle Taktik Russlands setzt offenbar auf Feuer und Geduld, um den Krieg nach und nach «einzufrieren».

Schweizer Armee 2022: Nur bedingt verteidigungsfähig

Laut dem Kommando Operationen der Schweizer Armee haben wir es derzeit mit einer Multikrise zu tun, d.h. gleichzeitig Krieg in Europa, Migrationskrise, Energiekrise und Krise der Diplomatie. Und die Schweizer Armee ist ausgerechnet im Kernauftrag Verteidigung schwach. Das hat neben konzeptionellen Mängeln auch mit fehlenden Finanzen zu tun.

Ein Vergleich: Die Bundesausgaben sind seit 2001 um +41% gewachsen; +86% gingen an den Bereich Bildung/Forschung und +63% an die Soziale Wohlfahrt. Die Armee verzeichnete hingegen ein Nullwachstum, die Landwirtschaft sogar ein Minus von 5%. Insgesamt bekommt die Armee (Verteidigung) nur 0,7% des BIP. Das Minimalziel muss 1% sein. Nur so kann die Armee revitalisiert und modernisiert werden.

Die wichtigsten Fähigkeitslücken der Armee

Im Bereich Boden/Luft-Verteidigung (Bodluf) fehlen Systeme mittlerer und grösserer Reichweite, auch der Objektschutz gegen Flugkörper und Drohnen ist schwach. Ebenfalls ungenügend sind die Bereiche Operatives Feuer (Erdkampffähigkeit der Luftwaffe), Artillerie sowie die mangelhafte Ausrüstung der 17 Infanteriebataillone. Und völlig fehlt beispielsweise die Panzerabwehr über 1 km Reichweite.



**«Schweizerzeit»-Special
Fr. 1790.00**

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**

inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

Fazit: Ausgerechnet der Kernbereich Verteidigung zeigt in der aktuellen verkleinerten, «weiterentwickelten» (WEA-) Armee grosse Fähigkeitslücken. Die Konsequenzen sind besorgniserregend: Die Armee besitzt eine Durchhaltefähigkeit von nur wenigen Wochen im Verteidigungskrieg. Die beschleunigte Erhöhung der Militärausgaben ist deshalb ein Muss.

Erkenntnisse aus der aktuellen Bedrohung für die Schweiz

Not tut eine einfache, klare und richtige Prioritätensetzung, insbesondere die Erhöhung des Armeebudgets und des Sollbestandes der Armee, um Lücken zu schliessen. Diverse Hauptsysteme der Armee erreichen ab 2025 ihr Nutzungsende (u.a. Aufklärungsfahrzeug 93, Schützenpanzer 2000, Radschützenpanzer 93, Mittlere Flab Kanone 63/90, Leichte Flab Lenkwaffe 93, Panzerhaubitzen 74 und 88/95, Schützenpanzer M 113).

Sofortmassnahmen, mittel- und längerfristige Massnahmen

Die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee muss mit den folgenden Sofortmassnahmen (2023/2024) gestärkt werden: Beschaffung von zusätzlichen Radschützenpanzern Piranha IV sowie von zusätzlichen Mörsern 16 (Kaliber 12 cm), Beschaffung eines neuen Artilleriesystems mittlerer Reichweite, Kampfwertsteigerung der vorhandenen Panzer 87 (Leopard), Vollausrüstung der Truppe mit Schutzwesten etc., Beschleunigung des Beschaffungsprozesses für die 36 Kampfflugzeuge F-35 A.

Mittelfristig (2025–2029) müssen laut Holenstein folgende Projekte verwirklicht werden: Mindestens sieben moderne Artillerie-Abteilungen (je 1 Abteilung pro Gegenschlagsverband); drei Mechanisierte Brigaden mit je drei Mechanisierten Bataillonen aufstocken; je ein schweres Infanteriebataillon für die Gegenschlagsverbände; integriertes Telematik-Konzept auf Stufe Armee sowie Aufbau und Ausbau Cyber-Kompetenz durch Kommando Cyber.

Längerfristig (2030–2040) sind die folgenden Massnahmen dringlich: Bildung von drei Leichten Flab Lenkwaffen-Abteilungen (z.B. Stinger) und von zwei Mittleren Flab-Abteilungen mit automatischem Objektschutz-System; Ersatz und Ablösung der schweren Bodensysteme gemäss Bericht «Zukunft der Bodentruppen», insbesondere durch Piranhas II (Infanterie), Panzer 87 Leopard, Aufklärungsfahrzeuge und Artillerie mit grosser Reichweite bis 100 km.

Dringende Investitionen bei Budgeterhöhung auf 1% des BIP bis 2030

2023: Lenkwaffen für Flab System: 400 Mio Franken.; geschützte Radfahrzeuge für Panzersappeure: 200 Mio., zusätzliche Munition zur Erhöhung der Durchhaltefähigkeit: 200 Mio., zusätzliche Sturmgewehre und MG: 30 Mio.

2024 und Folgejahre: Ersatz der über 60-jährigen Führungsfahrzeuge: 260 Mio. Franken, Schliessung

Fortsetzung auf Seite 5

Strassenkleber-Aktivist: Es ginge doch so einfach ...

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Fähigkeitslücke Panzerabwehr-Lenk Waffen: 200 Mio., Passivradar zur Luftüberwachung: 120 Mio., Werterhalt der Pilatus-Flieger PC-7 Turbo Trainer: 60 Mio., einheitliche Verschlüsselungslösungen: 50 Mio., Mini-Drohnen: 20 Mio.

Grösste Sorge: Mannschaftsbestände!

Die grösste Sorge sind jedoch die fehlenden Mannschaftsbestände bei Armee und Zivilschutz, weil jährlich tausende von Wehrpflichtigen in den bequemeren Zivildienst abwandern. Prüfenswert sind zwei neue, «echte» Dienstpflichtmodelle:

1. *Sicherheitsdienstpflicht*: Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst zum Katastrophenschutz, inkl. einen obligatorischen Orientierungstag für Frauen.

Damit rekrutiert die Armee die zur Bestandsicherung nötigen Personen. Die allgemeine Wehrpflicht und das Milizsystem sind weiterhin gewährleistet.

2. *Bedarfsorientierte Dienstpflicht*: Auch alle Schweizerinnen wären stellungsdienstpflichtig. Dienst leisten nur jene, die es in der Armee und im Zivilschutz braucht. Nachteil: Die Zivildienstfrage bleibt ungelöst.

Fazit und Ausblick

- Die Sicherheit muss wieder an erster Stelle der Staatsaufgaben stehen.
- Armee und Zivilschutz sind rasch und nachhaltig zu stärken. Die Modernisierung und Revitalisierung der Armee ist deshalb dringend nötig.
- Dem Erfolgsmodell Milizsystem und Milizarmee ist generell Sorge zu tragen.
- Die Milizarmee muss weiterentwickelt werden zur Sicherheitsdienstpflicht in Kombination mit der Einführung eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen.
- Die Beschaffungsprozesse müssen beschleunigt werden.

Und vor allem müssen jetzt die Erkenntnisse aus dem Ukrainekrieg genutzt werden für einen sicherheitspolitischen Dialog mit den Zielgruppen Junge, Frauen, urbane Bevölkerung und Westschweiz.

Stefan Holenstein

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Flucht



Auch Frau Simonetta Sommaruga tritt jetzt zurück. Eher überraschend. Begründet einzig mit der Erkrankung ihres Gatten. Auf dem Fuss folgen Geschichten über das «besondere Paar». Idyllische Geschichten – unisono verbreitet von allen sich zum Mainstream zählenden Medien.

Nicht ein einziger aus dem grossen Chor der Bundesberner Beschöniger-Journalisten tönt wenigstens an, damit verlasse dasjenige Mitglied die Landesregierung, das – damals Justizministerin – die Hauptverantwortung trägt für die Nichtumsetzung der von Volk und Ständen bereits 2014 gutgeheissenen Initiative gegen die Masseneinwanderung. Obwohl Frau Sommaruga, nach feststehendem Volksentscheid, die buchstabengetreue Umsetzung dieser Initiative mehrfach ausdrücklich versprochen hat.

2022, für die Energieversorgung unseres wirtschaftlich hochentwickelten Landes verantwortlich, wurde sie von den Folgen ihres damaligen Wortbruchs schonungslos eingeholt. Während – in einem einzigen Jahr – fast eine Viertelmillion Stromkonsumenten weitestgehend ungehindert in die Schweiz strömen können, erhebt Bundesrätin Sommaruga – als würde sie sich um den Fräulein Rottenmeier-Orden bemühen – den Zeigefinger: Und verordnet der Schweiz Kaltduschen zu Zweit – zwecks Abwendung des Zusammenbruchs der Stromversorgung.

Man kann Frau Sommaruga – nunmehr zurückgetreten – attestieren, wenigstens die Lächerlichkeit ihrer Energiespar-Auftritte angesichts noch nie dagewesener Masseneinwanderung selbst durchschaut zu haben. Und damit zu realisieren, dass sie in einer politischen Sackgasse festgefahren ist.

Ihr Rücktritt wird damit zur Flucht aus der Verantwortung für das von ihr Angerichtete.

Ihre Einsicht und die daraus gezogene Konsequenz ehren sie bis zu einem gewissen Grad, nachdem auch nicht ein einziger der zu Bern ihr Wesen treibenden Hofschranzen-Journalisten sich dazu hergibt, auch nur mit dem Anflug eines Wortes auf ihr kolossales Versagen als Justiz- und als Energieministerin hinzuweisen.

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

Energie-Krise verschärfen?

NEIN zum Stromfresser-Gesetz!

Jetzt Referendum unterschreiben!

Mehr Infos auf:
www.energiekrise-nein.ch

Obwohl wir heute schon zu wenig und viel zu teuren Strom haben, will das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und mehr Kosten! Die Landschaft wird mit Solarpanels und Windkraftturbinen zugepflastert. Trotzdem wird die Versorgung mit genügend Strom im Winter bei weitem nicht reichen.

- ▶ **Noch weniger Strom:** Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz ist in Wahrheit ein «Stromfresser-Gesetz». Heizöl, Benzin, Diesel und Gas sollen verboten werden. Das Resultat: Der Stromverbrauch steigt massiv. Denn Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben!
- ▶ **Explodierende Strompreise:** Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz vervielfacht den Stromverbrauch bis 2050. Die Preise explodieren angesichts der steigenden Nachfrage und der künstlichen Verknappung weiter. Genügend Strom wird zum Luxus für Reiche! Die Folgen: Die Industrie muss ihre Produktion ins Ausland verlegen. Das heisst Arbeitslosigkeit, Verarmung und soziale Unruhen.
- ▶ **Ausstieg ohne Plan:** Mitte-Links will bis 2050 die fossilen Energieträger Heizöl, Benzin, Diesel und Gas verbieten, um «Netto Null» zu erreichen. Ohne einen Plan zu haben, wie gleichzeitig genügend

bezahlbarer und unabhängiger Strom für uns alle produziert werden kann.

- ▶ **347 Milliarden Kosten:** Der geplante Umbau der Energieversorgung führt zu geschätzten Kosten von 347 Milliarden Franken – mindestens! Bezahlen müssen die Hausbesitzer und Mieter, die Auto-, Lastwagen- und Töff-Fahrer, die Familien, Gewerbler – kurz wir alle! Die verantwortungslosen Utopien von Mitte-Links kosten Hunderte Milliarden – auch dann noch, wenn die verantwortlichen Politiker längst nicht mehr im Amt sind!
- ▶ **Umerziehungsmassnahmen:** Das neue gefährliche Klimaschutz-Gesetz ermöglicht extremste Massnahmen ohne Mitbestimmungsrecht: Verbot von Flugreisen, Einschränkungen des Fleischkonsums, Verbot von Öl- und Gasheizungen, Verbot von Diesel- und Benzinfahrzeugen und Zwang zum teuren Einbau von Solaranlagen.
- ▶ **Undemokratische Vollmachten:** Zusätzlich kann der Bundesrat mit dem neuen gefährlichen Klimaschutz-Gesetz im Alleingang Vorschriften zum Erreichen von «2050 Netto Null» erlassen. Zum Beispiel Vorschriften für die Dämmung von Fassaden und Dächern alter Häuser oder Zwangsverordnungen für die Ausrüstung aller Hausdächer mit Solaranlagen. Oder das Verbot von Diesel- und Benzin-Motoren. Damit wird der Föderalismus ausgehebelt, die direkte Demokratie wird übergangen. **Wir alle haben nichts mehr zu sagen!**

So können Sie das Referendum gegen das Stromfresser-Gesetz unterstützen:

1. Überzeugen Sie auch Ihre Familie und Freunde, das Referendum zu unterschreiben.
2. Bestellen Sie Unterschriftenbögen unter:
E-Mail: info@energiekrise-nein.ch oder Bestelltelefon: 031 300 58 58
3. Helfen Sie uns mit einer Spende
Bankverbindung: Schweizerische Volkspartei (SVP Schweiz), 3001 Bern
IBAN CH13 0023 5235 8557 0102 L



«Walliserkanne» vor einem Jahr

«Symbol des Widerstands»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Vor einem Jahr verhafteten die Behörden eine bekannte Familie, weil sie «Opposition» gegen die Politik der Regierung machte. Nicht in China oder Russland – in Zermatt.



Oktober 2021. Die Schweiz steht im Banne der Corona-Massnahmen. Ausgerechnet im mondänen Zermatt entsteht ein – so wird es später die Staatsanwaltschaft bezeichnen – «Pilgerort der Covid-19-Massnahmenkritiker». Wochenlang haben die Behörden die angesehene Wirtsfamilie Aufdenblatten vergeblich zu zwingen versucht, sich an die Zertifikatspflicht zu halten. Denn die Betreiber der «Walliserkanne», eines traditionellen Restaurantkomplexes an bester Lage im Luxusferienort, weigern sich, Ungeimpfte nicht zu bewirten. In einer Nacht- und Nebelaktion karren die Behörden irgendwann riesige Betonklötze vor den Haupteingang. Schlagartig wird die zubetonierte Walliserkanne berühmt, auf und vor den Betonblöcken finden «Freiheitspartys» statt.

«Kinder ins Heim!»

Die Behörden sind überfordert. Am 31.10.2021, einem trüben Sonntagmorgen, schicken sie deshalb eine Zweidutzendschaft Polizisten, sekundiert von Kastenwagen, durch die leere Zermatter Hauptstrasse zur Walliserkanne. Die Beiz wird umstellt, Polizisten dringen ein und gelangen bis in die Privatwohnung von Ivan Aufdenblatten, welche sich oberhalb des Restaurants befindet. Denn sie haben bemerkt, dass Ivans Frau den übertriebenen Einsatz filmt. Man schlägt ihr das Mobiltelefon aus der Hand mit der Androhung, sie ebenfalls zu verhaften. Als sie sagt, sie habe zwei Kleinkinder im Hause antwortet der Beamte, diese könne man der Kesb übergeben und ins Heim bringen. Vor Schock fällt die Mutter in Ohnmacht.

Brutale Aktion und Haft

Ähnlich ergeht es Nelly, der zierlichen sechsfachen Grossmutter. Ihr wird vorgeworfen, sie sei trotz Siegelung im Restaurant ein- und ausgegangen. Anders als durch das Restaurant kann sie die Enkelkinder allerdings gar nicht an die frische Luft bringen. Dennoch wird sie in U-Haft gesteckt; wie lange, das weiss sie nicht. Ihr Mann Andreas und Sohn Ivan werden bei der Verhaftungsaktion brutal angegangen. Ivan wird die Schulter ausgerenkt, und trotz Schmerzensschreien wird ihm stundenlang jede ärztliche Hilfe verweigert. Erst nach der Einvernahme darf er ins Spital. Noch heute, über ein Jahr später, ist er deswegen gesundheitlich angeschlagen. Ob er sich jemals wieder erholen wird, ist ungewiss. Die Anwälte der drei verhafteten Personen (darunter Ihr Kolumnist) legen umgehend Beschwerde gegen die

unverhältnismässige Verhaftungsaktion ein. Denn die Verhafteten sind nicht verantwortlich für die Vorgänge in der Walliserkanne. Und selbst wenn doch: Ihnen werden Delikte vorgeworfen, für die ansonsten kein Mensch in Untersuchungshaft genommen wird. Die Walliser Strafverfolgungsorgane hingegen bleiben uneinsichtig. Es gehe den Verhafteten – so werden sie später schreiben – darum, «medienwirksam ihre Opposition (...) zu inszenieren». So seien sie zum «Symbol des Widerstandes gegen die Corona-Politik des Bundesrates und zum Pilgerort der Covid-19-Massnahmengegner» geworden.

Der Richter, der die Verhaftung überprüfen muss, weiss natürlich, dass es nur in Diktaturen üblich ist, mittels Verhaftung und U-Haft oppositionelle Bürger zu brechen und «Symbole des Widerstands» auszuschalten. Er erkennt: Jeder Tag, an dem die «Oppositionellen» in Haft sitzen, ist einer zuviel. Und so ordnet er die unverzügliche Freilassung der Aufdenblattens an. Nach vier ungewissen Tagen können die drei ihren Kerker verlassen.

Rechtsstaatlich unhaltbar

Wie auch immer man zu den damaligen Covid-Massnahmen steht (ich hielt und halte sie für rechtsstaatlich unhaltbar): Es muss uns in einem Rechtsstaat zu denken geben, wenn der Verstoss gegen Regeln, welche kaum über der Stufe von Parkbussen stehen, mit brutalen Verhaftungsaktionen und Untersuchungshaft geahndet wird.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Als der Ehemann der Chefin der Demokraten im US-Parlament körperlich attackiert und verletzt wurde, äusserte der Tages-Anzeiger – Echo des greisen US-Präsidenten Joe Biden – bedeutungsschwanger sofort Beschwörungen bezüglich des bevorstehenden Ausbruchs eines Bürgerkriegs in den USA, herbeigeführt von Trumps Republikanern. Als dann aber bekannt wurde, dass der Täter keineswegs der Rechten, eher der politischen Linken zuzuordnen sei, herrscht zum Attentat medial geradezu weltweit – eisernes Schweigen.

*

Offensichtlich erkennen auch viele Junge, dass die Schweiz, wenn sie ihre Eigenständigkeit bewahren will, auf eine starke Armee angewiesen ist. So bleiben als notorische Armeegeegner bloss die Links-Grünen auf der Strecke – weiterhin angehimmelt von den grossen Mainstream-Medien.

us

Leserbriefe

Strom sparen – für wen?

Bundesrat, Städte, Gemeinden und Firmen übertreffen sich mit Stromsparvorschlägen. Zur Vorbeugung eines Strommangels bleiben Weihnachtsbeleuchtungen dunkel, Heizungen werden runtergeschraubt, Züge fahren langsamer, Strassenlampen werden gelöscht. Jede Kilowattstunde zählt, heisst es – aber für wen? Es ist ein unumstössliches physikalisches Gesetz, dass genau so viel Strom produziert werden muss wie verbraucht wird. Und jetzt wird fleissig gespart. Aber wohin geht der nicht verbrauchte Strom? Die aktuellen Schlagzeilen sagen es klar: «Schweiz verzeichnet Rekordumsatz bei Stromexporten» und «Die Exporteinnahmen bewegen sich wegen den stark gestiegenen Preisen auf Rekordniveau». Die Schweizer Energiewirtschaft hat im Jahr 2022 vom Januar bis September bereits über 5,3 Milliarden durch Stromexporte verdient. Da die Schweizer Haushalte und Firmen im Monat September 13 Prozent weniger Strom verbrauchten als üblich, gab es mehr überschüssige Energie für den Aussenhandel. Und weitere Stromspar-Aktionen werden überall durchgeführt. Eine riesige, durch pure Angstmacherei geschürte Spar-Euphorie ist im Gange. Aber jetzt wissen Sie zumindest, warum sich die Stromproduzenten und -händler die Hände reiben, wenn wir uns die Hände mit kaltem Wasser waschen.

Werner Nussbaum, Küttigen AG

Zurück zur Dreifelderwirtschaft?

Obwohl die AP (Agrarpolitik) 22 durch das Parlament sisiert wurde, müssen wir Bauern feststellen, dass diese nun einfach durch Verordnungen und Motionen von Links-grün und Co. durch die Hintertür eingeführt wird, wie z.B. das Schleppschlauch-Obligatorium. In den letzten Jahren ist eine Flutwelle von neuen Vorschriften über uns Bauern hereingebrochen. Wir mussten sehr viel Geld investieren, um Güllelöcher zu bauen und Ställe auf den neuesten Stand gemäss Vorgaben zu bringen. Weitere Investitionen aufgrund der neuesten Beschlüsse sind wirtschaftlich nicht tragbar. In den USA wurde einst das Melken mit dem Standeimer verboten – mit der Folge, dass tausende Betriebe, welche sich die neueste Technik nicht leisten konnten, aufgeben mussten und durch eine industrielle Landwirtschaft

Nicht-Umsetzung des Verhüllungsverbotes

hf. Nachdem der Bundesrat bereits die Umsetzung des Verhüllungsverbotes verzögert hat, kommt nun der zweite demokratiefeindliche Akt aus dem Departement von Justizministerin Keller-Sutter: Bei bewilligten Kundgebungen sollen sich Demonstranten auch weiterhin verhüllen dürfen. Diese «Ausnahme» ist völlig inakzeptabel und eine krasse Missachtung des Volkswillens. Damit würden Tür und Tor geöffnet für gewaltsame Ausschreitungen, wie sie auch im Umfeld von bewilligten Demonstrationen immer wieder vorkommen. Die Veranstalter von Kundgebungen können sich dann aus der Verantwortung stehlen mit dem Hinweis, es hätten sich verummte, unbekannte Elemente unter die friedlichen Demonstranten gemischt. Das Bundesparlament ist nun gefordert!

ersetzt wurden. Wollen wir es in der Schweiz auch so weit kommen lassen? Nein! Darum braucht die bäuerliche Landwirtschaft Schutz. Wir Bauern haben endgültig genug von den unsinnigen neuen Vorschriften. Offenbar braucht es wieder einmal eine Grossdemonstration in Bern!

Vanessa Monhart, Bäuerin, Wildensbuch ZH

Dichtestress wird unerträglich

Der Bund rechnet bis Ende Jahr mit mindestens 22'000 neuen Asylgesuchen sowie zusätzlich mit 120'000 Flüchtlingen aus der Ukraine. Mit der Personenfreizügigkeit aus der EU sowie aus Drittstaaten werden im Jahre 2022 weitere rund 100'000 Zuwanderer kommen – insgesamt also rund 240'000 Personen! All diese Menschen benötigen öffentliche Verkehrsmittel, Strassen, Wohnraum und Energie. Sie belasten Spitäler, Krankenkassen, Sozialinstitutionen und Schulen. Die Politiker müssen endlich zur Kenntnis nehmen, was sie mit ihrer Willkommenskultur anrichten. Unsere Asylpolitik braucht dringendst eine neue Ausrichtung: Migranten mit abgelehnten Asylgesuchen haben unser Land unverzüglich zu verlassen. Der Status für Wirtschaftsflüchtlinge sowie Asyltouristen ist abzuschaffen. Nichtregistrierte sind durch die Sicherheitskräfte aufzugreifen und wegzuweisen. Auch der Schutz der EU-Aussengrenzen ist eine Illusion. All diese Probleme haben

Churz & Bündig

Wer das Weltgeschehen mit offenen Augen und Ohren verfolgt, muss derzeit wohl ernsthaft mit einer weltweiten Rezession rechnen. Sie wird in allen Staaten schmerzhaft Budget-Restriktionen bewirken. Wobei hierzulande gleichzeitig für den Wiederaufbau der jahrelang vernachlässigten Armee und für den Ausbau der ebenfalls grobfahrlässig vernachlässigten Energieversorgung Milliarden-Ausgaben anfallen werden. Was aber fordert Links-Grün derzeit von Bundesbern? Die Kindererziehung soll mittels eidgenössischem Krippengesetz ab Geburt vom Staat und seinen teuer bezahlten Funktionären übernommen werden. Sogar für die Erziehung der eigenen Kinder sind die linken Schreihälse und Besserwisser zu faul.

us

Zu verkaufen - Rarität

In traumhafter Juralandschaft, im Wander- und Erholungsgebiet, in nebelarmer Zone, auf über 725 m. ü. M., je 15 Min. bis Egerkingen, Olten und Sissach, Anschluss ÖV mit Bus

5 1/2 Zi-Haus, Jg. 1989
3 1/2 Zi-Haus, Jg. 2006

Grundstück 2350m², mit je 1 Schopf für Gartengeräte + Haustiere, mit Naturwiese + Naturhecke, Baum- und Gemüsegarten, umgeben von Landwirtschaftszone. Das 3 1/2 Zi-Haus wollen wir noch für einige Zeit im Wohnrecht nutzen.

Wenden Sie sich bitte schriftlich an: «Schweizerzeit» Verlags AG, Chiffre 100, Postfach 54, 8416 Flaach

Gelebter Rassismus oder «Non white people welcome»



Ostschweiz im Spätherbst 2014: Dem Lokalreporter einer Regionalzeitung, spezialisiert auf Gerichtsberichterstattung, fiel auf, dass die vors kantonale Bezirksgericht geladenen Angeklagten von ihren ausländischen Namen her offenbar alle derselben Nation angehörten. Er wandte sich im Recherche-Vorfeld schriftlich an den Gerichtspräsidenten mit der Frage, ob besagte Nation stets für die Vielzahl der Gerichtsfälle verantwortlich zeichne oder ob dies nur Zufall sei.

Antwort auf die Frage erhielt er keine, wohl aber kam eine Klage der Antirassismus-Kommission, gekoppelt an die Androhung eines gerichtlichen Zulassungsentzuges. Amtliche Begründung: «Wegen Ihrer rassistisch anmutenden Fragestellung nach den Nationalitäten der angeklagten Straftäter entziehen wir Ihnen die gerichtliche Akkreditierung für ein Jahr.»

So geschah es. Also hatte allein die Reporterfrage nach der Nation der ausländischen Täter genügt, um einem Schweizer Journalisten die Berufsgrundlage zu entziehen.

Aktueller Fall: Das Zürcher Kulturlokal «Gessnerallee», ausgestattet mit Gender-neutraler Toilette und Rückzugsraum «Flinta» (Frauen, Lesben, Intersexuelle – die Red.) duldet nach eigener Aussage in seinen Räumen keinerlei

sich wegen der Nichtumsetzung der vom Volk angenommenen Einwanderungsinitiative massiv verschärft. Wir haben die Pflicht, unseren Nachkommen ein Vaterland zu hinterlassen, in welchem für sie eine nachhaltige und prosperierende Zukunft möglich ist. Bund und Kantone sind gefordert, endlich griffige Massnahmen zu treffen.

Kurt Streil, Diessenhofen TG

Ja zur Gerechtigkeitsinitiative

Am 27. November 2022 haben wir die Möglichkeit, mit der Gerechtigkeitsinitiative den Mittelstand zu entlasten. Die Krankenkassenprämien haben sich nämlich seit Einführung des Obligatoriums um rund 230 Prozent erhöht,

Diskriminierung. Faktum aber ist: Dunkelhäutige Künstler okkupierten kürzlich Teile des Gebäudes, warfen der Leitung und der Stadt Zürich Rassismus vor und platzierten «Non white people-Schilder». Zeitgleich kassierte man innert zwei Jahren 207'000 Franken städtische Fördergeld und vom Kanton Zürich weitere 30'000 Franken. Die dunkelhäutigen Besitzer fordern von der Stadt zusätzlich einen Raum («safer place») explizit für «Nicht-Weisse», wo man vor der «Brutalität» der weissen Bevölkerung sicher sei.

Zürichs Polizei wagt es nicht, gegen die schwarzen AktivistInnen vorzugehen; zu gross die Befürchtung, man werde ihr «Rassismus» unterstellen. Ein Mediationsverfahren ist nun im Gang, geleitet von Nora Refaeil, Vizepräsidentin der «Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus»(!). Reden zum Fall will offenbar keiner, weder die dunkelhäutigen Besitzer noch die Stadtregierung, die das Theater jährlich mit 3,35 Millionen Franken subventioniert – natürlich aus Steuergeldern.

Der mitdenkende Bürger fragt: Wer ist hier Rassismustäter, wer Rassismus-Opfer – und warum werden weisse Schweizer Bürger ausgeschlossen? Wer begeht Unrecht, und wer erduldet es?

Triste Erkenntnis: Rassismus funktioniert offenbar nicht nur von einer Seite her!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

die Löhne sind aber nur um 150 Prozent gestiegen. Nun steigen die Prämien im Kanton nochmals um 7,1 Prozent an. Für viele Familien bedeutet dies pro Monat Prämien-erhöhungen von rund 100 Franken. Die einzige Lösung, um den Mittelstand zu entlasten, ist die Gerechtigkeitsinitiative; sie verlangt einen zusätzlichen Steuerabzug von 1'000 Franken pro erwachsene Person und 200 Franken pro Kind und ist somit geeignet, die erwähnten Prämien-erhöhungen abzufedern. Stimmen Sie deshalb Ja zur Gerechtigkeitsinitiative – aber auch Ja zum Gegenvorschlag (obwohl letzterer viel zu wenig weit geht). Und geben Sie bei der Stichfrage der Initiative den Vorrang.

Jacqueline Hofer, Kantonsrätin, Dübendorf ZH



ZANETTI
 CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
 www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Migrationspolitik

Hilfe vor Ort statt Völkerwanderungen!

von Ruedi Horber, Polit- und Wirtschaftsberater, Niederscherli BE

Der brutale Ukraine-Krieg zeigt es: Flüchtlinge sollten nahe von ihrer Heimat aufgenommen werden. Eine Migration über die Kontinente hinweg ist keine gute Lösung und bringt praktisch nur Nachteile.



Der Kanton Aargau hat vor fünf Jahren eine Standesinitiative eingereicht. Ihr Titel: «Für eine wirksame Flüchtlingspolitik vor Ort anstelle falscher Anreize für Völkerwanderungen.» Sowohl National- wie Ständerat haben sie leider abgelehnt. Auch weitere Vorschläge in dieser Richtung sind bisher im Sand verlaufen.

Seit Jahrzehnten ist die Asylpolitik eine Dauerbaustelle. Kosten und Flüchtlingsströme steigen, die Verfahren sind langwierig und kompliziert, kaum ein Land auf der ganzen Welt nimmt bezogen auf die Fläche und Einwohner so viele Flüchtlinge auf wie die Schweiz. Die Schlepperbanden florieren, und auf den Weltmeeren ertrinken Tausende von Migranten. Die einzigen Profiteure dieses Desasters sind die Schlepper und die vielen Organisationen und Anwälte, die sich mit der Asylpolitik befassen.

Neuausrichtung

Es braucht in der Asylpolitik neue und effizientere Ansätze – nicht nur im Interesse der Aufnahmestaaten, sondern auch der Flüchtlinge. Es müssen Widerstände überwunden werden, die Profiteure des heutigen Systems werden sich zur Wehr setzen. Die Grundidee einer Neuausrichtung der Asylpolitik ist einfach: Jeder Kontinent bzw. Kulturkreis löst seine Asylprobleme grundsätzlich selbst. Die Afrikaner bleiben in Afrika, die Asiaten in Asien, die Lateinamerikaner in Lateinamerika. Dafür unterstützen die reichen Länder die Asylbewerber in den armen Staaten grosszügig vor Ort. So wären in der Schweiz grundsätzlich keine Migranten aus aussereuropäischen Ländern und vor allem keine Wirtschaftsflüchtlinge mehr aufzunehmen, mit Ausnahme von politischen Flüchtlingen in klar umschriebenen und definierten Härtefällen. So ist es richtig, dass wir uns im Falle der Ukraine grosszügig zeigen. Diese Kriegsflüchtlinge sind gut integrierbar und möchten möglichst rasch wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Fünf Fliegen auf einen Streich

Mit der hier skizzierten Lösung würden mehrere Fliegen auf einen Streich getroffen.

1. Im Interesse der Flüchtlinge: Die Asylsuchenden würden nicht mehr aus ihrem Kulturkreis herausgerissen und entwurzelt. Hand aufs Herz: Wenn wir Schweizer flüchten müssten, würden wir wohl lieber nach Frankreich oder

Deutschland gehen anstatt nach Laos oder in den Niger. Wieso sollte das bei Flüchtlingen, die aus fernen Ländern in die Schweiz kommen, anders sein?

2. Eindämmung des Menschenhandels: Die heutigen Migrationswellen über die Weltmeere haben zur Folge, dass jährlich Tausende von Flüchtlingen ertrinken, auch viele Frauen und Kinder. Dies ist eine humanitäre Katastrophe, die sich verhindern liesse, wenn jeder Kontinent bzw. Kulturkreis seine Asylprobleme selber lösen würde. Zudem könnte so auch den kriminellen Schlepperbanden das Handwerk gelegt werden, da es keine langen und gefährlichen Fluchtwege mehr gäbe.

3. Mehr öffentliche Sicherheit: Die Kriminalitätsrate unter den Asylbewerbern ist überdurchschnittlich hoch. Zudem finden über das Asylwesen immer wieder Terroristen den Weg nach Europa. Einige der schrecklichen islamistischen Attentate, vor allem in Frankreich, wurden von Flüchtlingen verübt, die entweder den Sicherheitsorganen durch die Maschen gingen oder hier vor Ort radikalisiert wurden. Kommen nur noch wenige politisch tatsächlich verfolgte Asylbewerber nach Europa, könnte dies die Sicherheitslage wesentlich verbessern.

4. Mehr Mittel für die Flüchtlinge: Wenn die Schweiz gleichviel Geld wie bisher für den Asylbereich ausgabe, würde diese Hilfe künftig vervielfacht, weil für einen Franken vor Ort viel mehr gemacht werden kann als in der teuren Schweiz. Sahara Wagenknecht rechnet in ihrem 2021 erschienenen Buch «Die Selbstgerechten, mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt» sogar mit dem Faktor 100. Mit Ländern, die künftig Flüchtlinge aus nahe gelegenen oder benachbarten Staaten aufnehmen, wären entsprechende Abkommen zu schliessen, mit grosszügiger finanzieller Unterstützung. Ländern, die nicht kooperieren und Flüchtlinge nicht zurücknehmen, ist dagegen die Entwicklungshilfe zu streichen.

5. Weniger Kosten, Abbau der Asylbürokratie: Die direkten und indirekten Kosten der heutigen Asylpolitik – rund 90 Prozent der Flüchtlinge beziehen Sozialhilfe – würden stark reduziert. Es käme zu einer Entlastung des Sozialstaates, der Infrastruktur und damit zu weniger Dichtestress. Auch die Kosten für den bürokratischen Aufwand und die komplizierten Verfahren würden zu einem schönen Teil wegfallen. Und vor allem: Eines der schwierigsten und heissesten politischen Probleme der Schweiz wäre wohl nicht gelöst, aber ein gutes Stück weit entschärft.

Ruedi Horber

Herbst

*Die Blätter fallen, fallen wie von weit,
als welken in den Himmeln ferne Gärten;
sie fallen mit verneinender Gebärde.*

*Und in den Nächten fällt die schwere Erde
aus allen Sternen in die Einsamkeit.*

*Wir alle fallen. Diese Hand da fällt.
Und sieh dir andre an: es ist in allen.*

*Und doch ist Einer, welcher dieses Fallen
unendlich sanft in seinen Händen hält.*

Rainer Maria Rilke, 1875-1926



Nicht mehr harmlos



In den vergangenen Wochen konnte man u.a. folgende Nachrichten der Presse entnehmen:

- Sogenannte «Aktivisten» besetzen und blockieren stark befahrene Strassen und veranstalten Sitzstreiks. Sie kleben sich an der Strasse fest, um nicht weggeschafft zu werden. Selbst Rettungsdienste werden behindert. Andere Klima-«Aktivisten» haben es auf Perlen der Kunst abgesehen, kleben ihren Kopf an Kunstwerke oder bewerfen sie mit Suppe.
- Joanne K. Rowling, Autorin der Harry-Potter-Romane, bezeichnet das biologische Geschlecht als real und wehrt sich gegen ein Gesetz zum Geschlechterwechsel allein durch Selbsterklärung. Sie erhält Morddrohungen, nach eigenen Angaben inzwischen so viele, dass sie ihr Haus damit tapezieren kann.
- Die Londoner Gender-Klinik Tavistock verfolgte einen sogenannten gender-affirmativen Ansatz. Das Personal verabreichte Kindern, die angeblich einen Wechsel des Geschlechts wünschten, mehr oder weniger unhinterfragt Pubertätsblocker und gegengeschlechtliche Hormone – selbst wenn ein Kind gerade mal zehn Jahre alt war.
- Der US-Rapper Kanye West hat ein T-Shirt mit der Aufschrift «White Lives Matter» (deutsch: Weisse Leben

Unzensuriert

zählen) getragen, in Anlehnung an die Protest-Parole «Black Lives Matter» nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd durch Polizeigewalt. Woke-Bewegte haben die Aufschrift als rassistisch kritisiert. Das Unternehmen Adidas hat angekündigt, die Partnerschaft mit Kanye West zu überdenken.

Was haben diese Meldungen gemeinsam? Woke-, Trans- und Klima-«Aktivisten» geniessen Narrenfreiheit. Auf die gesellschaftliche Toleranz folgt nun eine Radikalisierung der Bewegungen. Es geht nicht mehr um etwas Provokation. Es geht um Nötigung bis hin zur Gefährdung von Menschenleben, um Zerstörung wertvollster Kulturgüter, um Morddrohungen gegen Andersdenkende, um Gefährdung des Kindeswohls und um Boykotte gegen Personen, die Opferrollen nicht exklusiv bestimmten Minderheiten vorbehalten wollen – alles im Namen des Guten.

Wer solche Exzesse toleriert, nicht ahndet oder auch bloss mit Blick auf angeblich hehre Ziele banalisiert, riskiert eine Erosion der Fundamente unseres Rechtsstaats.

Übrigens: Die Gender-Abteilung der Tavistock-Klinik musste inzwischen schliessen nach Protest und einem Gutachten, das eklatante Missstände aufzeigte – es gibt also Hoffnung auf Besserung.

Patrick Freudiger

Sprachwissenschaftler fordern:

Abkehr von Gendersprache

Ein Aufruf von fast 200 renommierten Linguisten und Philologen hat den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (ÖRR) kalt erwischt. Sie fordern von ARD und ZDF die Abkehr von der Gendersprache. Darunter zu finden sind Prof. Gisela Zifonun (Grammatik-Expertin), Prof. Martin Neef (Technische Universität Braunschweig), Dr. Olaf Krause (Deutscher Rechtschreibrat) und Dr. Claudia Guderian (PEN-Zentrum Deutschland).

Die Unterzeichner kritisieren die Ignoranz, womit der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk am Hörer und Zuschauer vorbeisendet. ARD und ZDF seien «Vorbild und Massstab für Millionen von Zuschauern, Zuhörern und Lesern», und daraus erwachse die Verpflichtung, sich an geltende Sprachnormen zu halten und mit dem Kulturgut Sprache regelkonform, verantwortungsbewusst und ideologiefrei umzugehen. Geltende Rechtschreibregeln dürften nicht missachtet werden, Gendersterne und andere Zeichen seien nicht mit dem Bildungsauftrag der Sender vereinbar und die Sprechpause vor dem «innen» entspreche nicht geltenden Aussprachenormen.

Politische Unparteilichkeit beachten

Zu beachten sei ohnehin das Prinzip der politischen Unparteilichkeit, dem der ÖRR durch den Medienstaatsvertrag verpflichtet ist. Die feministische Linguistik der späten 1970er-Jahre, auf welche das Gendern zurückgeht, sei unwissenschaftlich und ideologisch; dagegen gelte es eine kritische Distanz wahren.

Vielmehr müssten die betreffenden Medien anerkennen: Es gibt im Deutschen einen Unterschied zwischen dem grammatikalischen und dem biologischen Geschlecht. Die Sprachgemeinschaft lehne Gendersprache mehrheitlich ab, die ständige Nutzung schade daher für einen «erheblichen sozialen Unfrieden.»

Gendern: Kein «Konsens»

Der ÖRR, der in den Programmen der Sender unterschiedlich stark gendert (im Internet jedoch nahezu durchgängig), behauptet gern, das Gendern sei in der Sprachwissenschaft längst Konsens. Die Unterzeichner bringen die Rundfunkanstalten nun in die Defensive, denn die Argumente für korrektes Deutsch fussten auf der Arbeit von zu vielen namhaften Linguisten und Philologen, als dass man sie übergehen könnte. Während nach der Veröffentlichung des Aufrufs alle grossen Medien (Welt, FAZ, Rheinische Post, Berliner Zeitung) direkt berichteten, brauchten ARD und ZDF zwei Tage, um eine Stellungnahme abzugeben.

Erst verspätet kam die Reaktion: Die ARD teilte mit, das Thema werde in den Rundfunkanstalten «durchaus unterschiedlich diskutiert und gehandhabt». Das ZDF betonte, es gebe keine Vorgaben, einige «Moderator*innen» und «Korrespondent*innen» gendern gelegentlich», zitiert die Berliner Zeitung das ZDF. Die Ausdrucksweise gibt offenbar die Stimmung in dem Sender wieder.

Quellen: welt.de, linguistik-vs-gendern.de

Zürcher Landschaften durch Windturbinen bedroht

Die Zürcher Baudirektion ist derzeit mit Hochdruck daran, im Richtplan Windenergiezonen festlegen – vorgesehen sind Albiskette (hier im Bild), Bachtel, Pfannenstiel, Hörnli, Hirzel, Lägern, Stadlerberg, Cholfirst, Dätttau und Stammerberg. Dagegen wehren sich der «Verein Freie Landschaft Zürich» und natürlich auch die Schweizerzeit.



Massive Zuwanderung bedroht unsere Energie- und Stromversorgung

Schluss mit der links-grünen Märchenstunde!

Referat von Nationalrat Mike Egger, Berneck SG, an der DV der SVP Schweiz vom 29.10.2022 in Luzern

Die Bundesverfassung verlangt gemäss Art. 89 Ziff 1, dass Bund und Kantone «für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung» sorgen. Dieser Auftrag ist aufgrund der verfehlten Energiestrategie 2050 sowie einer endlosen Märchengeschichte von Links-grün nicht mehr erfüllt.



Die links-grüne Märchenstunde begann mit der verfehlten ideologischen «Energiesstrategie 2050» mit falschen Versprechungen. Die Befürworter von Mitte-links behaupteten, dass die neue Strategie günstig und sicher sei. Gleichzeitig fordern sie mit dem neuen «Stromfresser-Gesetz» den

raschen Ausstieg aus Heizöl, Gas, Benzin und Diesel. Das «Stromfresser-Gesetz» (der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative) will mit einem milliardenschweren Ersatzprogramm fossile Heizungen verbannen. Heizen und Autofahren sollen nur noch elektrisch möglich sein. Dass dadurch – und zusätzlich durch die masslose Zuwanderung – der Stromverbrauch massiv erhöht wird – interessiert die Mitte-links-Mehrheit im Bundeshaus nicht.

Zwischen 2000 und 2021 wuchs die Schweizer Bevölkerung von 7,17 auf heute 8,77 Millionen. Die Schweiz wächst damit 16 mal schneller als Deutschland. Dieses Jahr kommen nebst der rekordhohen Zuwanderung aus dem EU-Raum zusätzlich Flüchtlinge aus der Ukraine und weitere Asylmigranten aus Afghanistan, Tunesien und der Türkei. Somit wächst die Schweiz allein in diesem Jahr um über 200'000 Personen, oder um die Bevölkerung der Stadt Basel. Wann ist Schluss mit diesem irren Wachstum? Bei zehn, zwölf Millionen oder 15 Millionen?

Dichtestress an allen Fronten

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit haben die Fahrzeuge auf den Strassen um vierzig Prozent zugenommen, die Staustunden haben sich vervierfacht! Und es kommen jährlich 50'000 Autos mehr dazu. Der Fachkräftemangel verstärkt sich immer weiter, weil alle Zuwanderer zusätzliche Fachkräfte wie Ärzte, Pflegepersonal, Strassenbauer und Lehrer benötigen. Das Bauland und die Mieten verteuern sich markant. Das grenzenlose

«Kaltduschen»

Frage von Mike Egger ans Publikum: Wie lange muss ein Schweizer kaltduschen, um die Energie einzusparen, welche die 240'000 Zuwanderer, die im Jahr 2022 in die Schweiz kommen, jährlich verbrauchen?

Antwort: Er muss während 5'200 Jahren kaltduschen.

Zuwanderung hat schwerwiegende Auswirkungen auf unsere Umwelt und Infrastruktur.

Energiestrategie gescheitert

Die Energieperspektiven 2050, welche die Grundlage für die Abstimmung über die «Energiesstrategie 2050» bildeten, gingen von einem Bevölkerungswachstum auf 8,98 Millionen Einwohner für das Jahr 2050 aus. Diese Zahl haben wir bereits im aktuellen Jahr erreicht – 27 Jahre früher als berechnet! Und die gleichen Personen beim Bund, die sich derart verrechnet haben, wollen uns bei der Energieversorgung voraussagen, wie sich die Schweiz oder die Welt in den nächsten hundert Jahren entwickeln! Mein Vertrauen in diese Prognosen ist begrenzt. Aus ideologischen Gründen schweigen alle Parteien ausser der SVP zu den Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf den Stromverbrauch.

Allein die Nettozuwanderung von 2001 bis 2019 führte zu einem Mehrbedarf von 7,3 Terawattstunden (TWh), was ungefähr der Produktion des KKW Gösgen entspricht. Das heisst: Ohne die massive Nettozuwanderung würde uns diesen Winter keine Strommangellage drohen. Wenn Bundesrätin Sommaruga sagt: «Jede Kilowattstunde zählt», soll sie endlich Hand dazu bieten, die masslose Zuwanderung zu stoppen.

Eine schockierende Wahrheit: Das Ausbaupotential der gesamten (hochgelobten) Windkraft 2050 beträgt lediglich 4,3 TWh. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Nettozuwanderung der letzten zehn Jahre betrug 61'575 Personen pro Jahr – das bedeutet in zehn Jahren rund 5,3 TWh mehr Strombedarf. Das gesamte, milliardenteure Ausbaupotenzial bis 2050 wird also durch den Stromverbrauch von zehn Jahren Nettozuwanderung aufgefressen!

Was ist zu tun?

Erstens: Das Personenfreizügigkeitsabkommen muss mit einem Moratorium gestoppt werden. Gemäss Artikel 14, Absatz 2 des Abkommens gilt: «Bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen tritt der Gemischte Ausschuss auf Verlangen einer Vertragspartei zusammen, um geeignete Abhilfemassnahmen zu prüfen.» Wann sonst, wenn nicht jetzt, muss dieser Artikel zum Zuge kommen? Zweitens: Eine Nachhaltigkeitsinitiative, welche das Bevölkerungswachstum miteinbezieht, muss subito lanciert werden. Drittens: Sämtliche sinnvollen Technologien wie Wasserkraft, Photovoltaik, Biogas und Kernenergie müssen vorangetrieben werden.

Mike Egger

Eine wirtschaftliche Lagebeurteilung

Qualitäten kennen!

Die Schweizerzeit im Gespräch mit Adrian Risi, finanzpolitischer Sprecher der SVP im Zuger Kantonsrat

Die Finanzlage des Kantons Zug, der Verantwortung von SVP-Regierungsrat Heinz Tännler unterstehend, bezeichnet Adrian Risi als hervorragend. Die Finanzlage der Schweiz sei dank aufrechterhaltener Schuldenbremse auch noch weitgehend im Lot.



Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Schweiz wird von Kantonsrat Adrian Risi wie folgt charakterisiert: Ueli Maurer, Vorsteher des Finanzdepartements, weiss, woher der Staat sein Geld bezieht. Der Art, wie er buchstäblich auf seiner eidgenössischen Kasse sitzt, hat die Schweiz viel zu verdanken. Bekäme die Linke die Macht über das Finanzdepartement, wäre dies eine Katastrophe.

Ausgabendisziplin

Aus Zuger Sicht wäre Heinz Tännler demnach der am besten geeignete Nachfolger für Bundesrat Ueli Maurer an der Spitze des Finanzdepartements. Denn über eine Tatsache müssen sich Bürgerinnen und Bürger im klaren sein: Wacht nicht ein sorgfältig alle Ausgaben überblickender, an der Schuldenbremse eisern festhaltender Finanzdirektor über die Kasse der Eidgenossenschaft, ist die Ausgabendisziplin nur allzu rasch im Eimer. Heute profitieren wir davon, dass bezüglich Verschuldung die Schweiz um Welten besser dasteht als die USA, welche Schulden in der Höhe von 450 Prozent des US-Bruttoinlandprodukts ausweist. Und auch gegenüber der EU steht die Schweiz weit besser da, befindet sich Brüssel doch «auf bestem Weg», die USA bezüglich Überschuldung einzuholen.

Stehen uns allerdings zwei bis drei Rezessionsjahre bevor, dürfte sich die Schuldenlage national und international rasch verschärfen – und den Gang der Weltwirtschaft mit Sicherheit beeinträchtigen. Hauptursache für die Wirtschaftsbeeinträchtigung in der ganzen Welt ist die überall feststellbare Auswucherung der Staatsverwaltungen, also der staatlichen Bürokratien. Diese reissen immer mehr Kompetenzen an sich. So unterminieren sie notorisch die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Dass neu selbst Kindertagesstätten der Bundesbürokratie ausgesetzt werden, illustriert das Ausmass der die Finanzen aushöhlenden Zentralisierung auch in der Schweiz.

Sämtlichen westlichen Ländern geraten die Kosten für die Sozialapparate aus dem Ruder – nicht zuletzt als Folge der Masseneinwanderung, welche all diese Staaten heimsucht.

Die der Schweiz (wie allen andern Ländern auch) von der OSZE-Bürokratie aufgezwungene Mindeststeuer für Unternehmen dürfte, weil sie alle Staaten trifft, den Standort Schweiz nicht erheblich beeinträchtigen – aber nur, weil andere Staaten mit ihren Finanzen weit

verantwortungsloser umgehen als Bundesbern. Angesichts dessen, was die Schweiz der Wirtschaft gesamtstaatlich anzubieten hat (Stabilität, verhältnismässig günstige Steuern, geringe Inflation, Rechtssicherheit usw.) bleibt sie als Wirtschaftsstandort attraktiv. Mehr und mehr beginnen wirtschaftliche Kreise die Direkte Demokratie in der Schweiz zu schätzen – weil sie die Bürokratie-Auswucherung zumindest verlangsamt.

Energie-Engpässe

Aber jeder Wirtschaftsstandort ist heute infolge nicht mehr gesicherter Energieversorgung bedroht. Die davon ausgehende Kostenexplosion auf Energieträgern stellt bereits zahlreiche KMU-Unternehmen vor die Existenzfrage – obwohl Privatunternehmer mit Krisen zumeist besser zurechtkommen als staatliche Stellen. Die Energieverknappung hat eine Dynamik erreicht, die viele KMU-Unternehmen tatsächlich bedroht.

Die Öffentlichkeit nimmt noch kaum zur Kenntnis, dass uns Strom-Engpässe nicht nur im Winter 2022/23 drohen. Sie dürften uns während einiger Jahre erhalten bleiben. Wollen wir dem Blackout entgehen, ist höhere Eigenproduktion an Energie unabdingbar notwendig. Nur so sind Verbraucherpreise zu erreichen, welche die Wirtschaft in der Schweiz überleben lassen.

Bilanz

Es ist alles zu unternehmen, auf dass die Schweiz nicht zum Nanny-Staat verkommt, wo jeder und jede für jedes Problem eine Staatslösung erwartet. Der Einzelne muss sich auf seine Selbstverantwortung besinnen. Der Staat muss die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stärken. Vollkasko-Mentalität der Bevölkerung dem Staat gegenüber schadet dem Staat.

Wenn jetzt gar von «Helikopter-Geld», also von bedenkenloser Giesskannen-Subventionierungspolitik die Rede ist, dann muss vor derartigen Plänen nachdrücklich gewarnt werden.

Die Schweiz wird wirtschaftlich überleben, wenn sie ihre Qualitäten pflegt. Optimistisch stimmt mich, dass – wie ich zu beobachten glaube – vielen Jungen dieser Zusammenhang klar ist. Dass diese Jungen bereit sind zu leisten, dass sie Freiheit verlangen, auf dass sie ihre wirtschaftlichen Pläne möglichst ungehindert umsetzen können: Solcher Boden ist fruchtbar für das Gedeihen der Wirtschaft.

Das Gespräch mit Kantonsrat Adrian Risi führte Ulrich Schliuer.

Politisch unkorrekter Lausbub

Dänu Wisler legt mit «Die Weiberbüchse (Band 2)» sein fünftes Buch vor. Es handelt sich dabei um historische Erzählungen aus der Schweiz. Das Vorwort stammt aus der Feder von Bundesrat Ueli Maurer.



Dänu Wisler hat es nicht leicht. Mit seiner 2020 vorgelegten Gölä-Biographie wurde er Gegenstand einer kulturpolitisch hochbrisanten Kontroverse. «Gölä-Biographie sorgt für Zoff», titelte der Blick. Auch sonst hat der im Toggenburg lebende Berner Musiker und Autor wegen politisch unkorrekten Äusserungen Anfeindungen aller Art auszufechten. Im Radio wurden seine Songs weitgehend gecancelt. Ob es sich beim Titel seines neuen Buches «Die Weiberbüchse (Band 2)» um einen Fall von illegitimem Sexismus handelt, mögen jene unter sich ausmachen, die eine solche Diskussion für nötig halten.

Viel interessanter ist hingegen die literarische Auseinandersetzung mit Dänu Wisler. Zunächst ist er ein hervorragender Erzähler. Er kreiert Figuren von übergeschichtlicher Gültigkeit und nimmt den Leser hinein in deren Gefühls- und Erlebniswelt. Sei es der Ritt eines Kuriers durch Feindesland, das erotische Spiel zweier Liebenden, oder der Auftritt des Teufelsgeigers an einem geheimen Tanzfest – stets lesen sich die Texte so, als wäre man dabei. Dabei richten sich die Plots nicht nach leicht durchschaubaren Schwarz-Weiss-Schemen.

Die Geschichten kommen unterhaltsam daher und sind leicht zu lesen, entpuppen sich aber beim zweiten Blick als kulturelle und geschichtliche Goldminen. Die Handlungen des neuen Buches sind eingefügt in den Zeiträumen des Franzoseneinfalls von 1798 und des Russlandfeldzugs von 1812 und bieten ein detailliertes Wissen über Land und Leute, Geographie und Geschichte der damaligen Schweiz, insbesondere des Emmentals.

Mit «Die Weiberbüchse (Band 2)» richtet der Autor den Blick auf eine Epoche die historisch breit aufgearbeitet ist. Dabei hat er aber einen Ansatz gewählt der neue Perspektiven eröffnet. Oder wie es Alice Hofer in ihrer Rezension schreibt: «Dänu Wisler beherrscht und zelebriert die äusserst attraktive Vermischung von akribischer Recherche, blühender Phantasie, faktenbasierten wie auch fiktiven Ereignissen und authentischen Personen. Er versteht die Kunst, ein unbefangenes, einfühlsames und eindrückliches Bild unserer Vorfahren zu zeichnen, das sich wie ein Aha-Erlebnis liest: süffig, unterhaltsam, ergreifend, lehrreich.» (Weiteres im «Büchertisch» auf Seite 23)

Die Buchpräsentationen kombinierte Wisler mit einer Konzerttournee, die jedoch bald abgeschlossen ist. Die vorläufig letzte Präsentation findet am Samstag, 19. November 2022, 20.15 Uhr, im Kulturkeller in Gerlafingen SO statt.



Das Büro Ha deckt auf!



Dreckgeschäfte. Entsorgung (nicht Recycling) von Rotorblättern aus Windparks. Hier der ultimative Beweis der umweltfeindlichen Wind-Stromerzeugung; es geht um die Entsorgung auf einer Mülldeponie in Casper, Wyoming. In einem Fact Sheet des Stadtrates wird erwähnt, dass die Mülldeponie bis zum 16.9.2020 insgesamt 1'124 Rotorblätter von drei benachbarten Windparks erhalten hat – gegen satte Dollars. Und weiter so. Böse Zungen behaupten, dass die europäischen Rotorblätter, die langsam in die Jahre kommen, in den USA entsorgt werden können, wenn im Gegenzug «Fracking-Gäs und Oil» gekauft wird. So macht man (Dreck-)Geschäfte.

*

Ungleichheit. Fabian Molina wurde wegen Teilnahme an einer illegalen Demo zu einer Busse von 300 Franken verurteilt. An und für sich nichts Spannendes. Interessant ist jedoch ein Vergleich mit «Verurteilten», die an einer (illegalen) Corona-kritischen Demo teilgenommen haben. Die Bussenhöhe lag bei diesem «Vergehen» durchwegs im Bereich von 500 Franken

und höher. Mit einer Busse ab 500 Franken ist der (friedliche) Demonstrant «Karl Eidgenosse» aber vorbestraft. Mit allen bekannten Folgen. Vor dem Gesetz sind alle gleich – einige aber etwas gleicher.

*

Geländeverstärkungen und Hindernisse. Die Russen bauen derzeit grossflächige Geländeverstärkungen und Hindernisse. Also genau das, was wir abgebaut haben. Russische Pioniertruppen sind im Donbas eingesetzt, um Sperren zu bauen, sich einzugraben und Stellungen zu halten – das ist die Vorbereitung für den Winterkrieg! Dies geschieht in aller Eile, da dies noch vor dem Frost geschehen muss. Alles, was an Geräten verfügbar war, wurde zusammengekratzt – in einem Kampf-Abschnitt ein Schaukelrad-Gerät vom Typ BTM-3 auf Panzer-Chassis. Das ist ein übliches Gerät bei den Russen, beschafft im Jahre 1957 und immer noch brauchbar. Und wir haben nichts mehr. Sprengobjekte, Hindernisse und Sperren sind liquidiert.

Tis Hagmann

Mit **Holz** und **Solarpanels** gegen die **Energieknappheit**

Fitness Island in Bronschhofen hat eine Feuersauna, die neu vollständig mit lokalem, unbehandeltem Brennholz geheizt wird. Damit kann viel Strom eingespart werden. Es kommt aber noch besser: Auf 2000 Quadratmetern sorgen künftig Solarzellen dafür, dass mehr als die Hälfte des gesamten Stromverbrauchs der gesamten Anlage selbst produziert wird.

Bilder: Michel Bossart



Geschäftsführer Fabian Möckli auf dem Dach von Fitness Island vor dem 36°C warmen Bad mit Salz aus dem Toten Meer.

Die Grundlagen für ein langes, glückliches Leben legt der Mensch am besten mit einem gesunden, fitten und damit leistungsfähigen Körper. Davon ist man bei Fitness Island in Bronschhofen überzeugt. Geschäftsführer Fabian Möckli sagt: «Dazu gehören genügend und richtig ausgeführte Bewegungen, die Spass machen, eine gesunde und trotzdem feine Ernährung und last but not least auch genussvolle Momente der Entspannung.»

«Wir verzichten auf fossile Energie»

Darum ist Fitness Island mehr als eine Wellness- und Fitnessoase. «Unser Center ist ein Ort, an dem körperliche Gesundheit und seelisches Wohlbefinden erzeugt wird. Dabei sieht der Kunde als Mensch mit individuellen Fähigkeiten, Wünschen und Bedürfnissen jederzeit im Zentrum», versichert Möckli.

Neben einem grossen Wellnessbereich mit Saunas, Dampfbad, Pool und einer schweizweit einzigartigen Toten-Meer-Therme findet man bei Fitness Island auch ein modernes, gut ausgerüstetes Fitnesscenter, ein vielfältiges Angebot an Massagen und Kursen von Aqua-Fitness bis Zumba, Physiotherapie und natürlich auch einen Gastrobereich mit einer ansprechenden Karte. Fitness Island ist jeden Tag von 6 bis 23 Uhr geöffnet. Um diese Öffnungszeiten gewährleisten zu können, arbeiten die Mitarbeitenden im Dreischichtenbetrieb.

Neu: Feuersauna

In Zeiten von Energiekrisen kommen stromintensive Freizeitbetriebe wie Fitness Island unter Druck. Möckli widerspricht: «Mit unserer Physiotherapie, Fitness, Therapiebädern etc. gelten wir als Gesundheitsbetrieb. Kommt



Schwitzen in der Feuersauna: Hier sorgt einheimisches und unbehandeltes Holz für ein echtes Saunaerlebnis.

hinzu, dass wir für die Beheizung von Fitness Island vollständig Erdwärme nutzen. Schon von Anfang an konnten wir dafür ganz auf fossile Energieträger wie Gas oder Öl verzichten.» Zudem wurde kürzlich die grosse Sauna umgebaut: Neu wird sie nur noch mit Holz beheizt. Das unbehandelte Brennholz liefert ein lokaler Lieferant und wird vor dem Verheizen in der Sauna zwischengelagert. Möckli sagt dazu:

«Im Sommerhalbjahr decken wir unseren gesamten Strombedarf»

«Das hat einen grossen Vorteil: Das Holz kann so vollständig trocknen, verbrennt damit sauber und schadstoffarm und während des Trocknens lösen sich wertvolle ätherische Öle. Das schätzen unsere Saunagänger sehr!» Der Saunaofen wird jeden Morgen um 5.30 Uhr frisch eingefeuert. Die Betriebstemperatur in der Feuersauna liegt zwischen 80 und 110 °C bei einer Luftfeuchtigkeit zwischen 5 und 30 Prozent.

Solarzellen produzieren eigenen Strom

Möckli ist erleichtert: Dank vorausschauender Planung hat es Fitness Island rechtzeitig geschafft, mit der Feuersauna eine stromlose Alternative zu elektrisch beheizten Saunas in Betrieb zu nehmen. Auch die anderen Einrichtungen

sollen schon bald mit so viel eigenem Strom wie möglich betrieben werden, versichert Möckli. «Über dem Parkplatz, der Zufahrt dem Wellnessgarten und auf dem Dach entsteht eine Fläche von über 2000 Quadratmeter mit Solarzellen. «Damit decken wir mehr als die Hälfte unseres eigenen Strombedarfs. Im Sommerhalbjahr bleibt wohl sogar noch Strom übrig, den wir ins Stromnetz einspeisen können.

Stets informiert

Auf der Webseite von Fitness Island sind alle Angebote aufgeführt und erklärt. Zudem gibt ein Live-Ticker Auskunft über die freien Plätze im Fitnesscenter und Wellnessbereich und es können aktualisierte Informationen zum Beispiel zu Raumtemperatur und Luftqualität abgerufen werden.



Weitere Informationen unter:
www.fitness-island.ch

«Klima-Aktivisten»?

Klima-Kriminelle!

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Zurzeit nehmen die Strassenblockaden durch Klima-Chaoten massiv zu, und in der jüngsten Vergangenheit ist auch unser Land von diesem strafrechtlich relevanten Unsinn betroffen.



Das kriminelle Verhalten wird jeweils mit dem Schutz des Klimas gerechtfertigt. Da klebt sich also jemand auf der Strasse an und verschmiert mit Tomatensuppe oder Kartoffelstock in einem Museum ein wertvolles Gemälde. Da-durch soll sich plötzlich das Klima wandeln, oder Politiker, welche noch mit beiden Beinen auf dem Boden stehen, sollen sich durch solch

bizarres Verhalten angesprochen fühlen. Noch weltfremder geht es nicht. Dass die Medien jeden Tag über diese Klima-Chaoten und ihre kriminellen Aktionen berichten – und dass dies während einer gesamten «Arena» des Schweizer Fernsehens thematisiert wurde – ist schon schlimm genug und wird sicher den einen oder anderen Verblendeten zum Nachahmungstäter animieren.

Klima-Klebern «eine kleben»?

«Deshalb ist es wichtig, dass sich die vielen Betroffenen ein paar grundlegende Gedanken darüber machen, wie diesem Ärgernis begegnet werden kann, und zwar selbstverständlich mit absolut legalen Mitteln. In der deutschen «Bild-Presse» wurde kürzlich in einem Artikel mit dem Titel «Was passiert, wenn Autofahrer Klima-Klebern eine kleben?» ausführlich darüber berichtet und debattiert, wie weit ein Betroffener in seinem Ärger gehen darf. Selbstverständlich ist es rechtlich nicht zulässig, jemanden zu verprügeln. Auch der Clip des Social-Media Komikers Zeki Bulgurcu, in welchem er die Strassenblockierer mit einem Lastwagen überrollt, ist im Endeffekt keine Lösung, sondern eine schwere Straftat. Ebenso dürfte der Vorschlag, neben den Klimachaoten eine übelriechende Flüssigkeit auszuleeren, dürfte wenig alltagstauglich sein»

Nötigung

Es gibt jedoch ein weitaus effektiveres und rechtlich völlig korrektes Vorgehen: Wer eine Strasse blockiert und sich zudem anklebt, begeht eine Nötigung gemäss Artikel 181 des Schweizerischen Strafgesetzbuches. Dort wird unter anderem festgehalten, dass mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe sanktioniert werden kann, wer jemanden durch eine Beschränkung seiner

Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder – in den hier zur Sprache stehenden Fällen – zu dulden. Nötigung wird als Officialdelikt von Amtes wegen (durch Polizei und Staatsanwaltschaft) verfolgt, ohne dass ein Geschädigter Strafantrag stellen muss.

Strafanzeige gegen Unbekannt

Sinnvoll wäre allerdings, dass jene Personen, welche durch eine solche Strassenblockade in irgend einer Art und Weise zu Schaden kommen, zusätzlich eine Strafanzeige gegen Unbekannt erstatten mit dem Hinweis, dass die Täterschaft den Sicherheitsorganen bekannt ist. Und in einem zweiten wichtigen Schritt sollte sich jeder Geschädigte als Privatk Kläger gemäss den Artikeln 118 und 119 der Schweizerischen Strafprozessordnung konstituieren und sich so direkt am Strafverfahren beteiligen. Dadurch kann jeder Geschädigte seine Rechte ausüben, Akteneinsicht verlangen, Beweisanträge stellen und Rechtsmittel einlegen. Und – ganz wichtig – als Privatk Kläger können finanzielle Ansprüche und Genugtuungszahlungen geltend gemacht werden. Der geforderte Schadenersatz muss zwar klar beziffert werden; gerade bei den vielen blockierten Lastwagen und Firmenfahrzeugen bedeutet es für die Fuhrunternehmer und Firmenverantwortlichen sicher keinen allzu grossen Aufwand, die verlorene Arbeitszeit und weitere Inkonvenienzen zu berechnen und als Schadensersatz im Strafverfahren geltend zu machen.

Sollte – wie oft im Strafbefehlsverfahren – die finanzielle Forderung auf den Zivilweg verwiesen werden, ist der Aufwand etwas grösser, dürfte sich aber dennoch lohnen. Das erklärte Ziel ist nicht nur die strafrechtliche Verfolgung der lästigen Klimakriminellen; sie sollen für die verursachten Schäden auch finanziell gerade stehen müssen.

Markus Melzl



KMU

«Technologieverbote und ideologisch motivierte Subventionsprogramme führen direkt in den Blackout.»

Helfen Sie uns mit, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz zu kämpfen!

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch

PRO  LIBERTATE
 www.prolibertate.ch

*Das ideale
Weihnachtsgeschenk*



Der Krieg in der Ukraine beweist unmissverständlich, dass Sicherheit nicht selbstverständlich ist. Unsere Schweizer Armee schützt nicht nur in der Krise, sondern auch in Friedenszeiten. Dazu braucht es Investitionen in Mensch und Material. Und nicht zuletzt auch die wichtigste Währung überhaupt: Unsere Dankbarkeit und Wertschätzung gegenüber den Männern und Frauen in Uniform!

*Oberst Thomas Fuchs,
Präsident Vereinigung PRO LIBERTATE*



SPEZIAL ANGEBOT

DVD

Bestelltalon

Nur wer aus der Geschichte lernt, kann heute die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen. PRO LIBERTATE hält die Geschichte unseres Landes lebendig. Bestellen Sie unsere Bücher und den lehrreichen Dokumentarfilm «Das Réduit» über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Bitte senden Sie mir Infos zu über die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE (www.prolibertate.ch) zu.

Ich bestelle! Bitte senden Sie mir*...

- Expl. Armeekalender 2023 (Preis: Fr. 20.–)
- Expl. des Buches «Nacht und Licht» (Preis: Fr. 25.–)
- Expl. des Buches «Tell wacht» (Preis: 25.–)
- Expl. des Buches «Operationsziel Schweiz» (Preis: Fr. 29.–)

Dokumentarfilm «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»
 (Preis: Fr. 24.–) Expl. als DVD Expl. als USB-Stick

*Alle Preise zzgl. Porto und Verpackung

[PL2210285Z]

Vorname, Name _____

Adresse _____

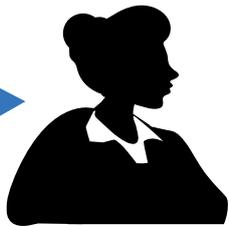
PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
 (oder via E-Mail: info@prolibertate.ch oder via Telefon/SMS 079 302 10 09)





Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



mf. Die Pflicht zu erfüllen, oder einfach das Notwendige tun, anstatt nur darüber zu reden. Dieser Leitsatz zieht sich durch das ganze bisherige Leben von Daniel Wäfler, der mit seiner Familie in Gossau im Zürcher Oberland lebt.

Daniel Wäfler



Vater und Tochter 2009. Es ist wichtig, dass die Kinder Ihre Eltern bei deren Pflichterfüllung erleben

«Im Oktober 1979 in eine Bauernfamilie hineingeboren, wuchs ich glücklich – aber schon früh «mitanpackend» – auf dem elterlichen Hof auf. Mein Grossvater kam 1957 als einer der letzten «Berner Invasoren» nach Gossau, wo zirka jeder zweite Hof in Berner Hand war.»

Mit knapp sechs Hektaren Land ernährt der Grossvater die Familie, und erst Daniel Wäflers Vater kann dann weiteres Pachtland erwerben. So erlebt Daniel in seiner Kindheit und Jugend den ganzen Strukturwandel in der Landwirtschaft mit, und als er die Oberstufe besucht, hat sein Vater bereits 22 Hektar Land zum Bewirtschaften und baut im Jahr 1995 einen modernen Milchvieh-Laufstall.

«Trotz dieser Erfolgsstory absolvierte ich eine Lehre als Landschaftsgärtner. Noch vor der Rekrutenschule machte ich meine erste grössere Auslandsreise und besuchte das krisengeschüttelte Jugoslawien. Ein Kosovare hatte als langjähriger Mitarbeiter auf unserem Hof gearbeitet und immer viele Geschichten über den Balkan erzählt; mich faszinierte das traurige Schicksal dieser Völker. So war es die Abenteuerlust und Wissensbegierde, welche mich am Vorabend des Kosovo-Krieges dorthin führten.»

Als einer der letzten westeuropäischen Touristen verlässt Daniel Wäfler den Kosovo, und er kann das Kriegsgeschehen nun in den Medien verfolgen. Eine wichtige Erkenntnis nimmt er dabei mit nach Hause: Erlebte

Wirklichkeit und die Berichterstattung darüber sind nicht immer das Gleiche; es ist wichtig zu wissen, wer mit welchem Motiv hinter den Berichten steht.

*

«Auch die Rekrutenschule als Minenwerfer-Kanonier war eine gute Erfahrung für mich, und ich bin überzeugt, dass eine RS jedem gut tut. Im Anschluss absolvierte ich die Unteroffiziersschule und die Offiziersschule (OS). Noch bevor ich in die OS einrückte, wollte ich wissen, was aus dem Kosovo geworden war. Als stolzer Korporal und damals jüngster Swisscoy-Angehöriger kehrte ich im März 2000 mit dem 2. Kontingent in den Kosovo zurück und diente im Pionierzug, der Brücken baute und die Camp-Infrastrukturen aufbaute.»

Als er bei der Einweihungsfeier eines wiederaufgebauten Schulhauses ein persönliches Gespräch mit einem kosovarischen Intellektuellen führt, ist der junge Schweizer Korporal erstaunt, als ihm dieser eröffnet, dass es eigentlich nichts zu feiern gebe; die einzigen, die etwas gewonnen hätten, seien die Amerikaner. Zwar ist gerade der Kosovo das gelungene Beispiel eines «Nation Buildings» nach US-Muster – die Nato-Missionen im Irak und in Afghanistan sind hingegen gescheitert. «Entscheidend ist, dass die Völker frei wählen und ihre Zukunft selbst bestimmen können. Selbstbestimmung ist absolut zentral – für eine historisch gewachsene freie Nation wie die Schweiz sowieso.»

Das Abverdienen und der erste WK als «Hamburger» sind für den 22-jährigen Leutnant eine grosse Sache, und es macht ihm Freude, einen Zug mit 40 Mann zu führen. Die Armee reform XXI trübt den Enthusiasmus des jungen Zugführers allerdings, und er erkennt rasch, dass es ein grosser Fehler war, u.a. das Flughafenregiment abzuschaffen.

Als im Jahr 2005 der Brigaderapport stattfindet, ist VBS-Chef Samuel Schmid zu Gast, und die jungen Offiziere können ihm Fragen stellen. Wäfler fragt: «Wann, Herr Bundesrat, ist der versprochene Ersatz für das Flughafenregiment einsatzbereit?». Just nach dieser Frage verkündet der Chef Regie, dass der Herr Bundesrat sofort zum Lauberhornrennen abfliegen müsse.

Auch andernorts ist Daniel Wäfler in jenen frühen 2000er Jahren aktiv. Er tritt der Jungen SVP bei und wird bald

Sektionspräsident. Im Jahre 2002 folgten Heirat und Familiengründung sowie die Wahl in die Gossauer Sozialbehörde. 2003 wird er Präsident der Jungen SVP Kanton Zürich. 2007 umfasst die Familie Wäfler bereits drei Kinder, und die Weiterbildung zum Obstgärtner ist abgeschlossen. Im Jahr 2009 kommt dann die erste Anstellung als Bauführer mit eigenem Profit-Center, was für den jungen Gärtner ein wichtiger Schritt ist.

*

Doch weil die Eltern in den Ruhestand rücken, stellt sich jetzt für Daniel als einzigem Sohn die Frage der Hof-Übernahme. Doch das will er nur mit einer entsprechenden Ausbildung. «So entschloss ich mich mit meiner Frau zu einem grossen Schritt; sie arbeitete mehr auswärts, und ich kündigte 2013 meine Stelle als Bauführer. Nach einem Praktikum absolvierte ich eine zweijährige Vollzeitausbildung zum Agrotechniker HF. Mit drei Kindern im Alter zwischen 10 und 16 Jahren schafften wir den Sprung ins kalte Wasser.» 2015 kann Daniel Wäfler zuerst als Kantonsrat sein Gelöbnis ablegen und dann sein Diplom als Dipl. Agrotechniker entgegennehmen. 2016 übernimmt er den elterlichen Betrieb und bewirtschaftet ihn seither mit seiner Familie und immer noch mit starker Mithilfe des Vaters, was die zusätzliche Tätigkeit als Bauführer im Nebenberuf erlaubt.

*

Auch militärisch geht es weiter: 2009 zum Hauptmann befördert, absolviert er die Zentralschule und wird Nachrichtenoffizier des Infanteriebataillons 70. Nach Verwendungen im Heeresstab und im Stab der Territorialdivision 4 bekleidet er eine letzte Funktion im Kantonalen Führungsstab Zürich. Und er ist überzeugt:

«Nun ist die Politik in der Verantwortung. Sie muss die Armee wieder stärken und verteidigungsfähig machen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat vielen die Augen geöffnet und klargemacht, dass enormer Handlungsbedarf besteht.»

Im Kantonsrat engagiert sich Wäfler vor allem für die Stärkung der Polizei und der Sicherheit sowie für die Landwirtschaft. Die Corona-Pandemie bringt dann die harte Wirklichkeit des Lebens zurück. «Nie zuvor war ich so froh um die SVP und ihre Stimme der Vernunft in dunklen Stunden. Die Freiheit des Einzelnen aber auch der Schweiz bekamen in jener Zeit eine noch grössere Bedeutung, und das Beispiel mit den Masken entlarvte die Scheinsolidarität unter der Staatengemeinschaft. Zusammenarbeit ja, aber Freundschaft kann nur zwischen Individuen bestehen, Staaten haben lediglich Interessen.»

Darum ist die Politik von Daniel Wäfler sehr stark auf den Erhalt von Handlungsspielraum ausgerichtet: So viel Freiheit und so viel Raum zur Entwicklung für die junge Generation wie nur möglich.



Promotion für Schweizer Milchprodukte an der Züri Oberland Mäss 2022

«In diesem Sinn machen uns die drei Kinder Freude: Im Jahr 2022 schloss unsere älteste Tochter erfolgreich ihre Lehre als Kauffrau in der Exportindustrie ab, der Sohn absolviert das zweite Lehrjahr als Maurer, und die Jüngste hat ihren Lehrvertrag als Kauffrau auf der Gemeindeverwaltung unterschrieben.»

Im Kantonsrat möchte Daniel Wäfler mit seinem konsequenten Engagement für die Sicherheit weiterfahren und noch mehr in den Themen Mobilität und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen bewirken. Ein weiteres Projekt – mit der Eigenmarke «Lindi-Käse» und mehr Swisness – soll die Schweizer Milchwirtschaft zumindest im Inland zu einem grösseren Marktanteil beim Feta-Käse befähigen. Mehr Swisness wünscht sich Wäfler auch gegen aussen.

«Handeln statt bloss reden!» Dieses Lebensprinzip ist offensichtlich auf Daniel Wäfler zugeschnitten.

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Montag, 14. November 2022, 20.00 Uhr

Informationsabend

Referat von Nationalrat Gregor Rutz (SVP/ZH) und SVP-Kantonsratskandidaten
Katholisches Kirchgemeindehaus, Gustav-Maurer-Strasse 13, 8702 Zollikon Dorf
Veranstalterin: SVP Bezirk Meilen

Donnerstag, 24. November 2022, 20.00 Uhr

Stromversorgung Schweiz – wie weiter?

Diskussion mit Albert Röstli (NR SVP) und Natalie Imboden (NR GPS)
Restaurant Krone, Stadtplatz 29, 3270 Aarberg/BE / Anmeldung erwünscht per
SMS 079 434 52 73
Veranstalterin: Politforum Stadt – See – Land, SVP Nidau, SVP Aarberg

Dienstag, 29. November 2022, 10.30 bis 17.30 Uhr

Die Neutralität und die Versorgungssicherheit der Schweiz

Mit Vorträgen von Dr. iur. Christoph Blocher, Dr. phil. René Roca,
Prof. Dr. Mathias Binswanger und Einleitungsreferat von
Hans Bieri / Anmeldung erwünscht hans.bieri@svil.ch
Nähe Hauptbahnhof (Lokal wird rechtzeitig bekanntgegeben), 8001 Zürich
Veranstalterin: SVIL, Vereinigung für Landwirtschaft, Zürich

Büchertisch

BESTSELLER



Die Vernunft und ihre Feinde

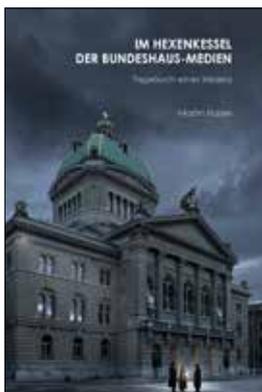
Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens

Thilo Sarrazin

Einem Bildersturm gleich fegt die Woke-Kulturfeindschaft durch das Abendland, hasserfüllt verbreitet von jenen, die selbst nichts zu erschaffen vermögen und Werte zerstören, welche die abendländische Kultur seit Jahrhunderten prägen.

Mit dem Furor der Kulturzerstörung befasst sich der deutsche Publizist Thilo Sarrazin, Bestseller-Autor, von Angela Merkel buchstäblich in die publizistische Unterwelt verwiesen. Sarrazin zeigte bereits, wie zentralistische EU-Finanzdiktatur die freie Wirtschaftsentwicklung in Europa untergräbt. Im neuen Buch beschreibt er in seiner ihm eigenen, nüchternen Art die Auslöser der Woke-Hasstiraden. Er legt die Triebkräfte der Kulturzerstörung frei und formuliert Antworten, wie die Kultur des Abendlandes, der die ganze Welt viel zu verdanken hat, gegen die Hasstiraden antreten soll.

*LangenMüller, München 2022, 392 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.40*



Im Hexenkessel der Bundeshaus-Medien

Tagebuch eines Insiders

Martin Hasler

Der Autor arbeitete mehrere Jahre als SRG-Kameramann im Bundeshaus. Er bekam viel zu sehen, von dem die Öffentlichkeit nichts erfahren hat. Im Buch präsentiert er seine Erlebnisse: Oft gehörte, oft nur pauschal formulierte Kritik an einseitiger Medienberichterstattung wird mit handfester Erfahrung unterlegt.

*Eigenverlag, Mai 2022, 343 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.-*

AKTUELL



Einigkeit, Freiheit, Menschlichkeit

Guillaume Henri Dufour als General, Ingenieur, Kartograf und Politiker

Joseph Jung (Hrsg.)

Henri Dufour war der erste von insgesamt vier Generälen, welche die Schweizer Armee je befehligt haben. Er führte das eidgenössische Heer im Sonderbundskrieg, dem Bürgerkrieg zwischen den liberalen und den katholisch-konservativen Kräften. Er führte – voller Respekt auch für seine Gegner – den Waffengang so, dass schliesslich fast keine Opfer zu beklagen waren. Damit wurde er zu einer der prägenden Gestalten des jungen Bundesstaates Schweiz.

*NZZ Libro/Schwabe, Basel 2022, 416 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 44.-)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.60*



Wissenschaft und Politik

Zuverlässige oder unheilige Allianz?

Olivier Kessler, Peter Ruch (Hrsg.)

Die Politik legt ihre Hand immer gewichtiger auch auf die Wissenschaft. Im Energiebereich verfügt sie neuerdings gar Technologie-, also Wissenschaftsverbote. Wohin führt das? Ein neuer, interessanter Sammelband des Liberalen Instituts.

*Lib. Inst., Zürich 2022, 261 S., brosch., geb., ill., (Richtpreis Fr. 29.80)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.80*



Ostwärts, wo der Horizont so endlos ist

Eine Schweizer Familie im Zarenreich

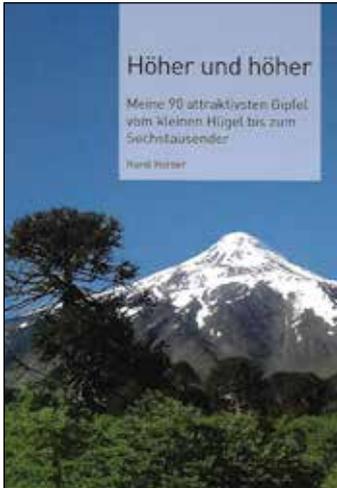
Karin Huser

Die Geschichte einer Landwirte-Familie, die ihr Glück im Zarenreich, genauer: in der Ukraine gesucht hat. Was sie erlebt hat, weshalb sie schliesslich aufgeben musste, das interessiert Leser zum Zeitpunkt des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine wohl besonders.

*NZZ Libro/Schwabe, Basel 2022, 419 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 48.-)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 43.20*

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Höher und höher

Meine 90 attraktivsten Gipfel vom kleinen Hügel bis zum Sechstausender

Ruedi Horber

Als studierter Volkswirtschaftler war Ruedi Horber jahrelang beim Schweizerischen Gewerbeverband tätig. Daneben war der Familienvater und aktive Staatsbürger auch begeisterter Bergsteiger.

Seine ersten Erfolge feierte er auf Hügeln in der Nachbarschaft, dann in den Schweizer Alpen, schliesslich auf Sechstausendern in Übersee – wobei er seinen engen Bezug zur Schweiz sowohl als Bergsteiger als auch als Gewerbepolitiker immer beibehalten hat.

Eigenverlag, Niederscherli 2018, 239 S., brosch., ill., Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 20.–

BUCHZEICHEN



Die Weiberbüchse

Dänu Wislers zweiter Band mit historischen Erzählungen aus Dürrenroth und Umgebung; mit einem Vorwort von Bundesrat Ueli Maurer.

Dänu Wisler

Der Autor ist ein vielseitiger Künstler: Er ist Musiker mit Leib und Seele, viele Stile beherrschend. Daneben befasst er sich intensiv mit

Theologie; er wurde schliesslich Religionslehrer und Jugendarbeiter. Dazu ist er ein begnadeter Erzähler. Und präsentiert jetzt einen zweiten Band mit Geschichten – die Zeit der Besetzung des Bernbiets durch die Truppen Napoleons beleuchtend. Sorgfältige Recherche, phantasiereiche Ausgestaltung. So werden die geschichtlichen Gestalten lebendig.

Eigenverlag, Oberhelfenschwil 2022, 159 S., geb., ill. (Zeichnungen von Dänu Wisler), (Richtpreis Fr. 25.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.50

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Thilo Sarrazin – Die Vernunft und ihre Feinde à Fr. 34.90
- Martin Hasler – Im Hexenkessel der ... à Fr. 28.90

Aktuell

- Joseph Jung – Einigkeit, Freiheit, Menschlichkeit à Fr. 39.60
- Olivier Kessler – Wissenschaft und Politik à Fr. 26.80
- Karin Huser – Ostwärts, wo der Horizont ... à Fr. 43.20

Heimat

- Ruedi Horber – Höher und Höher à Fr. 20.–

Buchzeichen

- Dänu Wisler – Die Weiberbüchse à Fr. 22.50

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei. (19/28.10.2022)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____ Tel-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____



#digital

Die «Schweizerzeit» ist auch online mit **brisanten Beiträgen** vertreten.

Jetzt scannen und entdecken



Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

25. November 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Veranstaltungen: Denise Betschart

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelöldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Gender-Gaga an den Unis

In den letzten Monaten waren es vor allem Unternehmen, die durch fragwürdigen Woke-Aktivismus aufgefallen sind. Erinnerung sei an die UBS mit ihrem Sprachleitfaden, der ganz normale Wörter wie «active» (aktiv) oder «challenge» (Herausforderung) als «maskulin kodiert» einstuft und auf den Index setzte. Oder an die Firma Ravensburger, welche den Indianer-Häuptling Winnetou wegen «kultureller Aneignung» «cancelte».

Nun sind es zahlreiche Schweizer Universitäten und Hochschulen, die unseren Protest zu spüren bekommen müssen. Denn immer mehr von ihnen nötigen ihre Studenten dazu, gegen die deutsche Rechtschreibung zu verstossen und die woke Gender-Sprache zu benutzen. Hochschulen wie die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) haben Leitfaden verfasst, welche ihren Studenten einrichten, dass normale Formulierungen wie «Herr und Frau» nicht mehr zeitgemäss und durch künstliche Sprachschöpfungen wie den «Gender-Gap» zu ersetzen seien. Aus Studenten und Studentinnen sollen demnach «Student_innen» werden. Wer bei diesem «Woke-Wahn» nicht mitmacht, kann mit Notenabzügen oder anderen Sanktionen bestraft werden – das berichtete unter anderem «20 Minuten».

Besonders pikant: Die Schweizerische Bundeskanzlei hat 2021 ihrerseits einen Sprachleitfaden verabschiedet, der Bundesangestellten untersagt, typografische Kreationen wie den Genderstern, Genderdoppelpunkt, den Gender-Gap und Gender-Mediopunkt zu nutzen. Weshalb sich staatliche Hochschulen und Unis um diese Weisungen füttern und darüber hinaus «abtrünnige» Studenten bestrafen dürfen, zeugt einmal mehr von tief verankerten links-ideologischen Umtrieben.

Da lobe ich mir einmal mehr die Junge SVP. Sie sagt den «Woke»-Unis den Kampf an und sucht Studenten, die in Studienarbeiten trotz Gender-Leitfaden die absurde Gendersprache nicht verwenden. Sie bietet diesen Studenten oder Studentinnen an, sie durch alle juristischen Instanzen hindurch mit professionellem Rechtsbeistand zu unterstützen, falls die Unis gegen sie Sanktionen verhängen. Ich bin schon gespannt auf die ersten Fälle. Sollten an Schweizer Unis oder Hochschulen tatsächlich Studenten sanktioniert werden, weil sie sich an die deutsche Rechtschreibung halten und sich dem Gender-Wahnsinn verweigern, wäre wohl ein schwer zu unterbietender Tiefpunkt kultureller Degeneration erreicht.

Anian Liebrand